

*Herrn Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal*

Es informiert Sie Beate Benten
Anschrift Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail beate.benten@cdu-fraktion-wuppertal.de
Datum 21.12.2021

Drucks. Nr. VO/1817/21
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am 21.12.2021	Gremium Rat der Stadt Wuppertal
-------------------------------------	---

Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 4.2 Resolution: Aufnahme der Menschen an polnisch/belarussischen Grenze

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt, der Rat der Stadt Wuppertal möge in seiner Sitzung am 21.12.2021 ergänzend zur Vorlage VO/1683/21 beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal unterstützt und begrüßt die Gesuche der Europäischen Union nach einer gemeinsamen Strategie in der Frage der Asyl- und Migrationspolitik. Er verurteilt auf das Schärfste die Instrumentalisierung von Migranten und Flüchtlingen durch das belarussische Regime und die dadurch ausgelöste humanitäre Krise. Als Mitglied im Städtebündnis „Sicherer Hafen“ erklärt sich die Stadt Wuppertal bereit, Geflüchtete in der Stadt aufzunehmen.

Der Rat der Stadt Wuppertal unterstützt aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 16.12.2021 zur Situation in Belarus besonders die Suche nach einer europaweiten, schnellen Lösung und die darin enthaltenen folgenden Punkte:

„Der Europäische Rat verurteilt auf das Schärfste die Instrumentalisierung von Migranten und Flüchtlingen durch das belarussische Regime und die dadurch ausgelöste humanitäre Krise. Die EU wird weiterhin entschlossen gegen den hybriden Angriff seitens Belarus vorgehen und dabei alle Dimensionen der Krise im Einklang mit dem EU-Recht und den internationalen Verpflichtungen, einschließlich der Grundrechte, angehen. Der Europäische Rat betont insbesondere, wie wichtig es ist,

- die Außengrenzen der EU wirksam zu schützen, auch durch eine Stärkung des Rechtsrahmens der EU. In diesem Zusammenhang ruft er den Rat auf, den Vorschlag der Kommission für vorläufige Sofortmaßnahmen zu prüfen;
- Schleusung und Menschenhandel zu bekämpfen;

- den ungehinderten Zugang für internationale Organisationen in Belarus sicherzustellen und die humanitäre Unterstützung zu verstärken;
- die Rückkehr von Migrant*innen aus Belarus zu unterstützen. (...)“

(Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 16.12.2021
<https://www.consilium.europa.eu/media/53609/20211216-euco-conclusions-de.pdf>)

Der Rat der Stadt Wuppertal setzt dabei eine Einhaltung der Menschenrechte und eine Abwägung von humanitären und strategischen Zielen im Einklang mit den europäischen Werten zu jederzeit voraus und verweist hierfür auf die Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union vom 10. November 2021:

„Die EU verurteilt das Regime Lukaschenkos aufs Schärfste dafür, dass es das Leben der Menschen und ihr Wohlergehen bewusst gefährdet. Dies bedeutet nicht nur einen Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern auch eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte, zu deren Achtung sich Belarus verpflichtet hat. Derartige unmenschliche Handlungen erfordern eine entschlossene internationale Reaktion und Zusammenarbeit, um das belarussische Regime für diese Verstöße zur Verantwortung zu ziehen. Internationalen Organisationen muss ein unverzüglicher und ungehinderter Zugang zu den Menschen gewährt werden, um humanitäre Hilfe leisten zu können.

Wir stehen in voller Solidarität an der Seite der Mitgliedstaaten, die Opfer dieses hybriden Angriffs sind, und werden die am unmittelbarsten betroffenen Mitgliedsstaaten weiterhin unterstützen. Unser Handeln wird sich nach wie vor an den Grundwerten orientieren, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte von Migrant*innen und Migrant*innen.“

([Belarus: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union zur Lage an der Grenze der Europäischen Union - Consilium \(europa.eu\)](#))

Begründung:

Die Situation an der polnisch/belarussischen Grenze ist eine humanitäre Katastrophe. Die Menschen benötigen vor Ort dringend Hilfe und Unterstützung. Hier muss die EU aus unserer Sicht sowohl auf Polen als auch auf das belarussische Regime einwirken, humanitäre Unterstützung und Hilfe zuzulassen und den Zugang zu den an der Grenze feststehenden Menschen zu gewähren. Es braucht eine europäische Lösung, welche die Staaten der Europäischen Union nicht weiter spaltet, sondern die die Stärken der EU weiter ausbaut. Auf der Tagung des Europäischen Rates vom 24./25. Juni 2021 verurteilten die Führungsspitzen der EU jeden Versuch von Drittländern, Migrant*innen für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Am 22. Oktober 2021 erklärten sie, dass die EU weiterhin gegen den laufenden hybriden Angriff seitens des belarussischen Regimes vorgehen wird, auch indem sie weitere restriktive Maßnahmen gegen Personen und Rechtsträger annimmt. Durch die vereinten Bemühungen der EU ist die Zahl der irregulären Einreisen pro Tag stark zurückgegangen.

Mit freundlichen Grüßen

Caroline Lünenschloss
Fraktionsvorsitzende